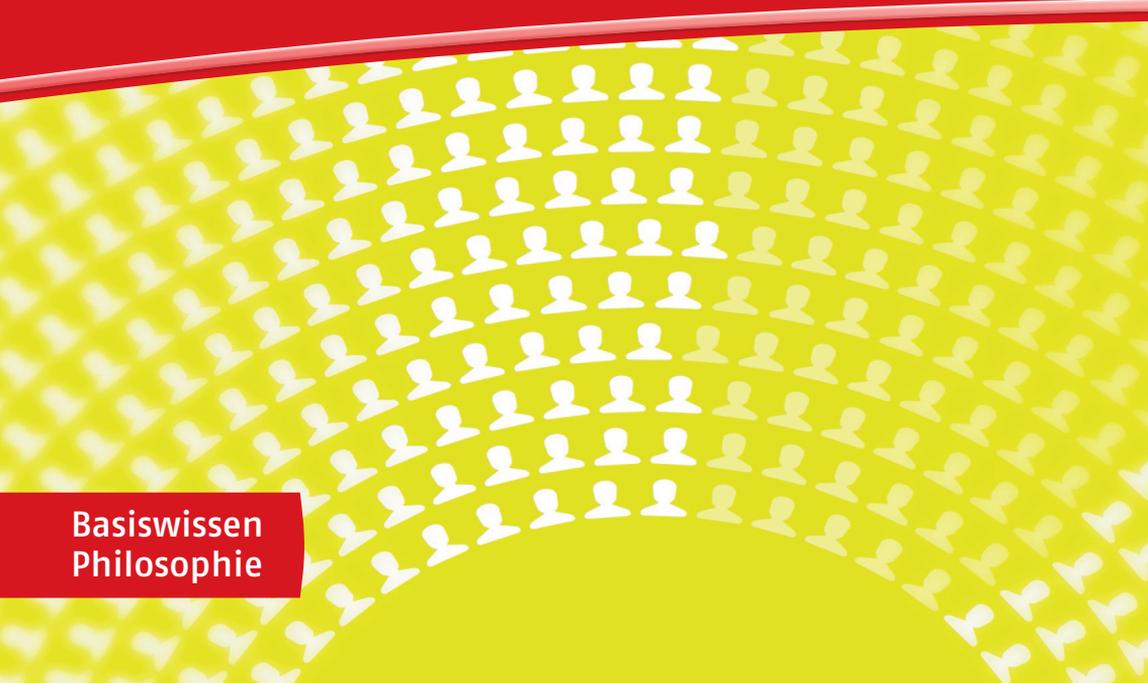


utb.

Lisa Herzog

Politische Philosophie

Basiswissen
Philosophie



utb 5234

utb.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Wien · Köln · Weimar
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto
facultas · Wien
Wilhelm Fink · Paderborn
Narr Francke Attempto Verlag · Tübingen
Haupt Verlag · Bern
Verlag Julius Klinkhardt · Bad Heilbrunn
Mohr Siebeck · Tübingen
Ernst Reinhardt Verlag · München
Ferdinand Schöningh · Paderborn
Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart
UVK Verlag · München
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen
Waxmann · Münster · New York
wbv Publikation · Bielefeld

Basiswissen Philosophie

herausgegeben von
Michael Quante und Simon Derpmann

Weitere Titel:

utb 4667

A. Filius, S. Mischer:

Philosophische Texte schreiben im Studium

utb 4653

C. Runtenberg:

Philosophiedidaktik

utb 5240

T. Henning:

Allgemeine Ethik

Lisa Herzog

Politische Philosophie

WILHELM FINK

Die Autorin:

Lisa Herzog ist Professorin an der Fakultät für Philosophie der Universität Groningen, Niederlande. Vorherige Stationen waren Oxford, St. Gallen, Stanford, Frankfurt am Main, München und das Wissenschaftskolleg zu Berlin. Sie arbeitet an der Schnittstelle von politischer Philosophie und Ökonomie; Schwerpunkte sind politische und ökonomische Ideengeschichte, die normative Bewertung von Märkten, Ethik in Organisationen und politische Epistemologie. Auf deutsch erschienen: *Freiheit gehört nicht nur den Reichen* (2014) und *Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf* (2019).

Umschlagabbildung:

Martin Mellen und Peter Zickermann, Bielefeld

Online-Angebote oder elektronische Ausgaben sind erhältlich unter www.utb-shop.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 Wilhelm Fink Verlag, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland)

Internet: www.fink.de

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Herstellung: Brill Deutschland GmbH, Paderborn
Einbandgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart

UTB-Band-Nr: 5234

E-Book ISBN 978-3-8385-5234-7

ISBN der Printausgabe 978-3-8252-5234-2

Inhalt

1. Einleitung	9
1.1 Was ist Politik?	9
1.2 Was ist politische Philosophie?	14
1.3 Charakter der Einführung und Überblick über die Themen	19
Weiterführende Literatur	20

Teil I Prinzipien der Politischen Philosophie

2. Freiheit – aber welche?	23
2.1 Einleitung	23
2.2 „Negative“ Freiheit	24
2.3 „Positive“ Freiheit	27
2.4 „Republikanische“ Freiheit	31
2.5 Vermittlungsvorschläge	32
Weiterführende Literatur	34
3. Gleichheit – oder Gerechtigkeit?	35
3.1 Einleitung	35
3.2 Gleicher Status	35
3.3 Rawls' Vorschlag: Gerechtigkeit als Fairness	38
3.4 Was ist der Sinn von Gerechtigkeit?	43
3.5 Schluss: Gerechtigkeit als „Sprache“ des Politischen	46
Weiterführende Literatur	47
4. Brüderlichkeit – oder Gemeinschaft?	48
4.1 Einleitung	48
4.2 Der Mensch als Zoon Politikon	49
4.3 Politische Gemeinschaft in der Moderne – die „liberal-kommunitaristische“ Debatte	51
4.4 Religiöse und kulturelle Gemeinschaften im liberalen Staat	54
4.5 Der liberale Staat als „dünne“ Gemeinschaft	58
4.6 Schluss – Die Ausweitung der Gemeinschaft?	61
Weiterführende Literatur	62

5. Feminismus und „racial justice“	63
5.1 Einleitung	63
5.2 Feminismus	65
5.3 „Racial Justice“	70
5.4 Das unvollendete Projekt gleicher Freiheit	73
Weiterführende Literatur	74
6. Globale Gerechtigkeit	75
6.1 Einleitung	75
6.2 Hilfspflichten versus Gerechtigkeitspflichten	77
6.3 Staatszentrierung versus Kosmopolitanismus	79
6.4 Gerechte Strukturen der globalen Welt?	83
6.5 Die Veränderung konkreter Praktiken	85
Weiterführende Literatur	87
Teil II Institutionen	
7. Politische Autorität	91
7.1 Einleitung	91
7.2 Anarchismus als Gegenpol	92
7.3 Hobbes' Vertragsargument für politische Autorität	94
7.4 Spieltheoretische Variationen	98
7.5 Was genau zeigt Hobbes' Vertragsargument?	101
Weiterführende Literatur	103
8. Demokratie und Repräsentation	104
8.1 Einleitung	104
8.2 Begriffliche Grundlagen	105
8.3 Einleitung	108
8.3.1 Präferenz-Aggregation	108
8.3.2 Elitenkonkurrenz	109
8.3.3 Deliberative Demokratie	110
8.3.4 Agonale Demokratie	113
8.4 Was ist der Wert der Demokratie?	114
8.5 Gegenwärtige Herausforderungen der Demokratie	117
Weiterführende Literatur	120

9. Rechtsstaatlichkeit	121
9.1 Einleitung	121
9.2 Vertrags- und Vernunftargumente für Rechtsstaatlichkeit	122
9.3 Begriff der Rechte	124
9.4 Kritik am Rechte-Diskurs	127
9.5 Gewaltenteilung als Garant von Rechten	129
Weiterführende Literatur	132
10. Die wirtschaftliche Ordnung	133
10.1 Einleitung	133
10.2 Die politischen Voraussetzungen des Marktes	134
10.3 Die Rolle der Marktwirtschaft	136
10.4 Die Rolle des Sozialstaates	141
10.5 Die Frage der Macht	143
Weiterführende Literatur	146

Teil III Politisches Handeln und gegenwärtige Herausforderungen

11. Die Spezifika des Politischen – Utopie oder Dystopie?	149
11.1 Einleitung	149
11.2 Die Utopie des Politischen – Arendt	150
11.3 Die Dystopie des Politischen – Machiavelli	154
11.4 „Schmutzige Hände“	157
11.5 Die Spielregeln der Politik	160
Weiterführende Literatur	162
12. Die Spezifika des Politischen – Utopie oder Dystopie?	163
12.1 Einleitung	163
12.2 Die Macht der „Systeme“ – und ihre Grenzen	164
12.3 Die geteilte Verantwortung für „das System“	167
12.4 Ziviler Ungehorsam – Gandhis Argument für gewaltlosen Widerstand	171
12.5 Wie ist Wandel möglich?	173
Weiterführende Literatur	175

13. Aktuelle Herausforderungen: Klimawandel, Migration, Digitale Transformation	176
13.1 Einleitung	176
13.2 Klimawandel	176
13.3 Migration	182
13.4 Digitale Transformation	187
Weiterführende Literatur	195
14. Schluss: Politische Philosophie und Praxis	196
Anhang	
Danksagung	199
Literatur	200
Bildquellen	215
Glossar	217

1. Einleitung

Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA, ein Bestechungsskandal in der Lokalpolitik, der Abschluss eines internationalen Abkommens, eine Demonstration für mehr Klimaschutz – all dies sind Phänomene, die unter den Begriff „Politik“ fallen. Was haben sie gemeinsam? Was grenzt „politische“ Fragen von anderen Fragen, z.B. wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Fragen, ab? Gibt es spezifisch „politische“ Argumente? Und geht es in der Politik überhaupt um Argumente, oder nur um Macht?

Was ist Politik?

In diesem einleitenden Kapitel werden zunächst einige Vorschläge dazu vorgestellt, was unter „Politik“ zu verstehen ist. Anschließend geht es darum, was „politische Philosophie“ ist und welche Art von politischer Philosophie in diesem Band behandelt wird; zuletzt folgt eine kurze Vorschau auf die einzelnen Kapitel.

Vorschau

1.1 Was ist Politik?

Was ist „Politik“ oder „das Politische“? Die Definition von Begriffen ist selbst ein Gegenstand der politischen Philosophie, und so haben unterschiedliche Theoretiker*innen unterschiedliche Antworten auf diese Frage gegeben. Einige berühmte Antworten werden hier vorgestellt, bevor das Verständnis, das dieser Einführung zugrunde liegt, beschrieben wird.

Definition von „Politik“

Eine immer noch oft zitierte Definition stammt von dem deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985), der wegen seines Verhältnisses zum NS-Regime umstritten ist. Schmitt zufolge ist Politik der Bereich, in dem zwischen „Freund“ und „Feind“ unterschieden wird.¹ Hier gibt es die Bereitschaft zum Kampf, notfalls auch unter Einsatz des Lebens.² Diese Definition betont, dass in der Politik etwas auf dem Spiel steht; gäbe es Interessenharmonie, oder würde niemand die Sache ernst nehmen, bräuchte es keine Politik.

Schmitt:
Freund/Feind

¹ Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot, 1963 [1932], 25ff.

² Ebd., 26.

Machiavelli:
Politiker als
Fuchs und Löwe

Der italienische Politiker und Autor Niccolò Machiavelli (1469–1527) vertrat schon lange vorher ein ähnliches Verständnis von Politik. Sein Name ist sprichwörtlich geworden für die Behauptung, Politik sei ein schmutziges Geschäft. Machiavelli beschreibt in *Der Fürst (Il Principe, 1513)*, was ein Herrscher tun müsse, um an der Macht zu bleiben. Er müsse mit dem Schicksal, der „fortuna“, kämpfen, wofür er „virtù“, Tugend oder Handlungsfähigkeit, benötige.³ Wie Machiavelli in einer berühmten Passage schreibt: Ein Fürst müsse „ein Fuchs sein, um die Schlingen zu erkennen“ – also klug und listig sein – und „ein Löwe, um die Wölfe zu schrecken“ – also auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken.⁴

Kritik an diesem
Politikverständnis

Aber erfasst dieses Verständnis wirklich, was wir mit „Politik“ meinen? Kann es nicht auch Freundschaften und Feindschaften zwischen Privatleuten geben, die wir nicht als „politisch“ beschreiben würden? In dieser Hinsicht scheint das Verständnis zu weit zu gehen. Andererseits schließt es friedliche Verfahren aus, die wir normalerweise als „politisch“ beschreiben würden, zum Beispiel öffentliche Diskussionen über Politik, parlamentarische Debatten, oder die Arbeit in Ausschüssen und Ministerien.

Aristoteles:
Mensch als
„zoon politikon“

Eine andere Traditionslinie versteht Politik als die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten einer Gruppe von Menschen. Der griechische Philosoph Aristoteles (384–322 v.Chr.) beschrieb den Menschen als „zoon politikon“, also als ein Wesen, für das das Leben in Gemeinschaft essentiell ist.⁵ Aber während Tiere, die in Gruppen zusammenleben, wie z.B. Bienen, von ihren Instinkten geleitet werden, müssen Menschen ihr Zusammenleben aktiv gemeinsam gestalten, wofür die Fähigkeit zu Sprache und Diskurs eine zentrale Rolle spielt. Der Begriff „Politik“ stammt vom griechischen Begriff der „Polis“ ab, der den antiken Stadtstaat bezeichnet. Von ihm unterschieden wurde der „Oikos“, der Haushalt, in dem die Bürger ihren Frauen, Kindern und Sklaven vorstanden. In der Polis herrschte, zumindest der Idee nach, Gleichheit.

Arendt:
Miteinandersein
der Verschiedenen

Eine Denkerin der jüngeren Zeit, die in dieser Tradition steht, ist Hannah Arendt (1906–1975). Sie betont allerdings, in teilweiser Abgrenzung davon, dass es bei Politik nicht um ein allen Menschen gleiches „menschliches Wesen“ gehe. Vielmehr beru-

3 Niccolò Machiavelli: *Der Fürst*. Übersetzt von Philipp Rippel. Stuttgart: Reclam, 1986/2007 [1513], Kapitel VI, 41.

4 Ebd., Kapitel XVIII, 137.

5 Aristoteles: *Politik*, Buch I, Kapitel 2, 1253 a. Reinbek: Rowohlt, 1965/2014, 47.

he Politik „auf der Tatsache der Pluralität der Menschen.“⁶ Einerseits sei dabei die Gleichheit, andererseits die Verschiedenheit der Menschen zentral: Ohne Gleichheit wäre Verständigung nicht möglich, ohne Verschiedenheit wäre sie nicht nötig. Politik erscheint in dieser Tradition in einem viel positiveren Licht als bei Schmitt und Machiavelli. Besonders die menschliche Fähigkeit zur Sprache wird hervorgehoben. Wie Aristoteles feststellte: Mit ihr geht die Fähigkeit einher, danach zu fragen, was gut und schlecht, gerecht und ungerecht ist.⁷

Die Fähigkeit, derartige Fragen zu stellen, gemeinsam über sie zu diskutieren und durch Argumente zu Einigungen zu gelangen, steht auch im Mittelpunkt eines weiteren Verständnisses von Politik, das unter anderem von Jürgen Habermas (*1929) vertreten wird, dem derzeit international bekanntesten lebenden deutschen Philosophen. Im Zentrum der „deliberativen Demokratietheorie“ steht der öffentliche Diskurs, an dem alle Mitglieder einer Gesellschaft teilnehmen können.⁸ Die politischen Institutionen, allen voran die Parlamente, übersetzen die Willensbildung, die im öffentlichen Diskurs stattfindet, in politische Maßnahmen. Wenn sich z.B. das Verständnis der Geschlechterrollen verändert und Elternschaft nicht mehr als reine Frauensache betrachtet wird, gibt es darüber öffentliche Diskussionen; die Themen werden von den politischen Parteien aufgegriffen, in die Parlamente getragen, und dort in Gesetzesänderungen, z.B. zur Elternzeit für Väter, gegossen.

Welche Seite hat nun recht – die, die Politik über Kämpfe definiert, oder jene, die die gemeinsame Regelung des Zusammenlebens in den Mittelpunkt stellt? Für beide Seiten bringen politische Philosoph*innen bis heute Argumente vor. Die Bilder, die Arendt und Habermas von Politik zeichnen, kann man dafür kritisieren, dass sie sehr idealistisch sind und die dunkleren Seiten von Politik kaum berücksichtigen.⁹ Allerdings stimmt umgekehrt auch nicht, dass es in der Politik *ausschließlich* um Kämpfe und Konflikte geht.

Habermas:
öffentlicher
Diskurs

Macht oder
Argumente?

6 Hannah Arendt: *Was ist Politik*. München: Piper, 1993/2010 [1950], 9.

7 Vgl. Aristoteles: *Politik*, Buch I, Kapitel 2, 1253 a, 47.

8 Vgl. Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.

9 Diese Kritik formulieren z.B. Ernesto Laclau (1935–2014) und Chantal Mouffe (*1943) in *Hegemonie und radikale Demokratie*. Wien: Passagen, 1991 [1985]. Der antagonistischen Demokratietheorie zufolge wird das Politische durch fortdauernden Widerstreit bestimmt.

Auch Argumente
zählen

Ein Politikverständnis, das nur auf die Aspekte von Kampf und Konflikt abzielt, übersieht, dass auch Argumente politische Wirkung entfalten können. Denn die Präferenzen und Interessen der politischen Akteur*innen und der Bürger*innen stehen nicht immer von vornherein fest, sie bilden sich oft erst im politischen Diskurs. Deshalb können dort vorgetragene Argumente, die andere überzeugen, Macht entfalten. Allerdings können dies auch emotional verzerrte Darstellungen oder Appelle an Ressentiment gegen Minderheiten tun. Auch diese kommen im öffentlichen Diskurs vor.

Fragen der ge-
sellschaftlichen
Grundordnung

Betont man die Rolle des öffentlichen Diskurses für die Politik, ist es sinnvoll, eine weitere Eingrenzung vorzunehmen. Denn nicht alle öffentlichen Diskurse und Formen des öffentlichen Handelns sind per se politisch. „Politisch“ sind sie, wenn sie sich auf Fragen der gesellschaftlichen Ordnung, die das Zusammenleben regelt, beziehen – und hier muss man zugestehen, dass es dabei letztlich immer auch um Macht geht, denn diese gesellschaftliche Ordnung bestimmt die Verteilung von Macht in der Gesellschaft.

Weber: Streben
nach Macht

An diesem Punkt setzt eine weitere berühmte Definition von Politik an, nämlich die des Soziologen Max Weber (1864–1920). Er versteht Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“¹⁰ Ausgehend von der Annahme, dass Menschen in der Regel in Gemeinschaften mit einer politischen Ordnung leben, geht es also darum, wie diese Ordnung gestaltet wird.

„Politisch“
versus „privat“?

Der Fokus auf die gesellschaftliche Ordnung grenzt Politik von dem ab, was man typischerweise als das „Privatleben“ bezeichnet. Allerdings ist es selbst eine politische Frage, wie diese Grenze gezogen wird. Zum Beispiel haben viele feministische Denker*innen das traditionelle Bild kritisiert, demzufolge das Familienleben eine reine Privatangelegenheit sei. Ihr Argument ist, dass viele Aspekte des Familienlebens, und insbesondere die Machtverhältnisse innerhalb von Familien, von der Ordnung der Gesellschaft beeinflusst würden und diese umgekehrt beeinflussten, so dass man hier keine Grenze ziehen könne.¹¹

¹⁰ Max Weber: *Politik als Beruf*, in: ders.: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919, Politik als Beruf 1919*, hg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Birgitt Morgenbrod. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1992, 35–88, 36.

¹¹ Siehe z.B. Susan Moller Okin: *Justice, Gender, and the Family*. New York: Basic Books, 1989.

„Politik“ wird oft auf den „Staat“ bezogen. In modernen Rechtsstaaten hat der Staat das Gewaltmonopol inne und entscheidet über die gesetzliche Ordnung, innerhalb derer die Individuen ihr Leben führen. Im Extremfall kann er Gewalt einsetzen, um diese Ordnung durchzusetzen. Deswegen drehen sich viele Überlegungen der politischen Philosophie um die Frage, was der Staat ist und was er sein soll, was eine gute staatliche Ordnung und gutes Regieren ausmacht und was sie von schlechteren Formen unterscheidet.¹² Wie die staatliche Ordnung gestaltet ist, hat einen enormen Einfluss darauf, wie Individuen ihr Leben führen können.

„Politik“ und „Staat“

Man kann dabei einen engen von einem weiten Begriff von Politik unterscheiden. Der enge Begriff bezieht sich auf staatliche Institutionen, z.B. Parlamente, Verwaltungen oder Gerichte. Der weite Begriff umfasst auch Institutionen, die nicht direkt staatlich sind, die aber stark von der staatlichen Ordnung beeinflusst werden. Darunter fallen z.B. Fragen des Wirtschaftssystems: Es wird davon geprägt, wie der Staat die Eigentumsverhältnisse, aber auch das Vertragsrecht, Kartellrecht und Arbeitsrecht gestaltet. Auch diese weiten Fragen verdienen die Aufmerksamkeit der politischen Philosophie, denn auch hier geht es um die Verteilung von Macht und um die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung.

Enger und weiter Begriff von „Politik“

Wir können also zwei zentrale Stichworte festhalten, die abstecken, was mit dem Begriff „Politik“ gemeint ist: Es geht um *Macht*, um die mehr oder weniger friedlich, mit Argumenten oder anderen Waffen, gestritten wird, und es geht darum, wie die *öffentliche Ordnung der Gesellschaft* gestaltet wird. Die Frage, an *welchen* Stellen der gesellschaftlichen Ordnung welche Formen von Macht ihren Platz haben und haben *sollen*, ist selbst eine der zentralen Fragen der politischen Philosophie. Um sie zu beantworten, muss man sich den Werten und Prinzipien zuwenden, an denen sich die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung orientiert. Darüber hinaus muss es um die Institutionen gehen, durch die dies konkret geschieht, und um das Handeln, durch das Menschen diese Institutionen gestalten. Das ist die Logik, der diese Einführung folgt.

Politik: Macht, gesellschaftliche Ordnung

12 Siehe auch Adam Swift: *Political Philosophy: A Beginners' Guide for Students and Politicians*. Cambridge: Polity Press, 2006, 5 f., und David L. Miller: *Political Philosophy – A very short Introduction*. Oxford: Oxford University Press, 2003, 2.

1.2 Was ist politische Philosophie?

Philosophie	Wenn wir Politik auf diese Weise verstehen, was meint dann „Politische Philosophie“? „Philosophie“ bedeutet bekanntlich „Liebe zur Weisheit.“ Ursprünglich gehörten viele Fragen, die heute in anderen Fächern behandelt werden, zur Philosophie. Aristoteles zum Beispiel schrieb nicht nur Bücher über Logik, Metaphysik und politische Philosophie, sondern auch über Dichtkunst und Biologie. Konfuzius (551–479 v. Chr.), einer der wichtigsten frühen Philosophen Chinas, befasste sich mit Fragen der Moralphilosophie, aber auch der Pädagogik und der politischen Ordnung.
Philosophie und Einzelwissenschaften	Heute werden viele dieser Fragen durch einzelne Wissenschaften, die z.B. mit experimentellen oder beobachtenden Methoden arbeiten, beantwortet. Die Philosophie dagegen beschäftigt sich mit Fragen, die sich so nicht beantworten lassen. Sie fragt z.B. danach, was überhaupt existiert, mit welchen Begriffen und Kategorien man es erfassen kann, und was es bedeutet, etwas über die Welt zu „wissen“. Sie beschäftigt sich auch damit, wie unterschiedliche Gegenstandsbereiche zusammenhängen und in ein „größeres Ganzes“ eingeordnet werden können. „Politische Philosophie“ stellt derartige Fragen in Bezug auf die Politik. ¹³
Politische Philosophie und Politikwissenschaft	Natürlich ist die politische Philosophie nicht alleine mit ihrem Ansinnen, „Politik“ zu erforschen. Die <i>empirische</i> Politikwissenschaft beschäftigt sich ebenfalls mit der Analyse von politischen Systemen, politischen Institutionen und internationalen Beziehungen, also den Beziehungen zwischen Staaten. Sie versucht dabei, adäquate Beschreibungen dieser Phänomene zu liefern und eventuell auch Vorhersagen über zukünftige Entwicklungen zu treffen. Sie arbeitet mit unterschiedlichen empirischen Methoden, z.B. Umfragen oder statistischen Analysen, setzt dabei jedoch viele Begriffe, z.B. „Staat“ oder „Demokratie“, als gegeben voraus. Die Politische Philosophie dagegen fragt danach,

¹³ Ähnlich wird auch der Begriff „Politische Theorie“ verwendet. „Theorie“ stammt vom griechischen Wort *theorein*, das „beobachten“ oder „schauen“ bedeutet. Theorien sind systematische Mengen an Sätzen, die versuchen, einen bestimmten Gegenstandsbereich angemessen zu beschreiben, zu interpretieren, und eventuell auch Prognosen über zukünftige Entwicklungen abzugeben. „Politische Theorie“ will also systematisch ergründen, was der Bereich der „Politik“ ist. Die Begriffe werden manchmal unterschiedlich definiert, oder aber herangezogen, um die Zuordnungen zu Philosophie- oder Politikfakultäten zu beschreiben.

was diese Begriffe überhaupt bedeuten: was *ist* ein Staat, was *ist* Demokratie?

Ein weiterer Arbeitsbereich der politischen Philosophie fragt danach, wie Politik sein *soll*. Dies steht im Gegensatz zum Anliegen der empirischen Politikwissenschaft, die fragt, was der Fall *ist*, und versucht, dies wertneutral zu beschreiben.¹⁴ Hat man die Fakten zu einem Gegenstandsbereich erhoben und die Mechanismen, die hinter ihnen stehen, verstanden, lassen sich *deskriptive* Theorien aufstellen. Allerdings ist die Politikwissenschaft eine Sozial- und keine Naturwissenschaft. Ihre Aussagen können in der Regel nicht beanspruchen, für alle Zeiten und Orte gleichermaßen zu gelten, sondern sind auf bestimmte politische Systeme bezogen.

Neben deskriptiven Fragestellungen gibt es auch *normative* Fragestellungen: Sie fragen, was sein *soll*. Welche Fragen *sollen* z.B. durch demokratische Abstimmungen entschieden werden, welche *sollen* an Expert*innen delegiert werden? Sind bestimmte Institutionen *besser* als andere? Und: Warum ist dies so, welche Werte und Prinzipien stehen dahinter? Im politischen Alltag liberaler Demokratien wird leidenschaftlich darüber gestritten, wie Politik gestaltet werden soll. Dabei bleiben jedoch viele Argumente unvollständig, Einwände werden nicht beachtet, Ideale wie „Freiheit“ oder „Gerechtigkeit“ werden unterschiedlich verstanden. Die politische Philosophie bohrt hier tiefer: Sie will ein gründlicheres Verständnis der Werte und Prinzipien erreichen, unterschiedliche Lesarten analysieren und ihr Verhältnis zueinander begreifen.

Dabei operiert sie aber nicht völlig losgelöst von der empirischen Politikwissenschaft. Denn die Werte und Prinzipien, über die sie nachdenkt, werden in politischen Systemen und Institutionen realisiert. Um erstere zu verstehen, muss man zumindest ein grundlegendes Verständnis von letzteren haben. Unterschiedliche politische Philosoph*innen arbeiten auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus: Manche fragen sehr grundsätzlich danach, was z.B. der Begriff der Gerechtigkeit meint;¹⁵

Deskriptiv versus
normativ

Normative
Fragen: Was *soll*
sein?

Zusammenarbeit
von politischer
Philosophie und
Politikwissen-
schaft

¹⁴ Ob und wie wertneutrale Aussagen in den Sozialwissenschaften überhaupt möglich sind, ist eine Frage der Wissenschaftstheorie, auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann. Klar ist, dass Normativität in der empirischen Sozialwissenschaft einen anderen Status hat als in der explizit normativen politischen Philosophie.

¹⁵ So etwa John Rawls in seinem einflussreichen Werk *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975/1979 [1971].

andere entwickeln konkrete Vorschläge, wie z.B. das Bildungssystem eines Landes gerechter gestaltet werden kann.¹⁶ Je stärker es um konkrete Anliegen geht, desto wichtiger ist die Zusammenarbeit mit empirisch arbeitenden Politikwissenschaftler*innen.

Historische
Bezüge

Die heutige politische Philosophie muss dabei das Rad nicht neu erfinden. Im Gegenteil: Sie kann auf einen reichen Fundus historischer Texte zurückgreifen, in denen sich Denker*innen der unterschiedlichsten Epochen und Weltregionen mit Fragen nach politischen Prinzipien, Werten und Institutionen beschäftigt haben. Viele dieser Texte wirken bis heute nach, weil sie unser Verständnis dessen prägen, was ein politisches Gemeinwesen ist oder was „Gerechtigkeit“ bedeutet. Es liegt schon in der Natur der menschlichen Sprache, dass Begriffe und Ideen von Generation zu Generation weitergegeben werden. Allerdings verändern sie dabei oft ihre Bedeutung, wie sich auch die Phänomene, auf die sie sich beziehen, oft verändern. Deswegen ist eine Einordnung in den historischen Kontext unverzichtbar, wenn man historische Autor*innen verstehen möchte.¹⁷

Lektüre in
systematischer
Absicht

Aber die Lektüre von Texten aus der Tradition der politischen Philosophie ist kein rein historisches Unterfangen; auch für die Gegenwart ist sie bedeutsam. Manche der Fragen der politischen Philosophie, z.B. die nach der Legitimität staatlicher Autorität, sind von epochenübergreifender Bedeutung. Wir können bis heute von historischen Texten lernen, sei es, weil wir ihre Argumente überzeugend finden, oder sei es, weil sie uns nicht überzeugen und uns deswegen anregen, bessere Argumente zu entwickeln. Aber es geht auch darum, zu verstehen, wo die Begriffe, Ideen und Argumente herkommen, mit denen wir bis heute operieren – und ob wir sie möglicherweise durch andere ersetzen sollten, weil uns die Denkschemata der Vergangenheit in die Irre führen.

Systematische
Fragen

Neben diesen Fragen nach historischen Denksammenhängen, und oft auch in Verbindung mit ihnen, stellt die politische Philosophie *systematische* Fragen. Diese lassen sich grob unterteilen in die Arbeit an *Begriffen*, *Argumenten* und *Theorien*.

Begriffe

Definitionen und Begrifflichkeiten zu entwickeln, die politische Phänomene gut erfassen, ist eine zentrale Aufgabe der politischen Philosophie. Begriffe sind wie Linsen, mit deren Hilfe

¹⁶ So etwa Harry Brighouse: *School Choice and Social Justice*. Oxford: Oxford University Press, 2000.

¹⁷ Siehe dazu insbesondere Quentin Skinner: „Meaning and Understanding in the History of Ideas“, *History and Theory* 8(1) (1969), 3–53.

wir entscheiden, auf welche Punkte wir scharfstellen und welche wir nur verschwommen am Rande wahrnehmen. Viele Begriffe sind nicht rein beschreibend, sondern enthalten eine normative Komponente: Wenn man z.B. von „Ordnung“ spricht, klingt das positiv oder neutral; „staatlicher Zwang“ klingt dagegen eher negativ. Außerdem geht es in der politischen Philosophie vielfach darum, was genau Begriffe bedeuten, die unterschiedlich verwendet werden, wie etwa der Begriff „Freiheit“. Im Englischen unterscheidet man in solchen Fällen zwischen „concept“ und „conception“: Das „Konzept“ ist die allgemeine Struktur eines Begriffs, die „Konzeption“ ist die genauere Spezifikation, die entsteht, wenn man die Details ausfüllt.¹⁸

Argumente sind das Arbeitsmittel der politischen Philosophie schlechthin – sie werden verwendet, um für oder gegen bestimmte Positionen zu streiten. Sie sind für normative Fragestellungen unverzichtbar, denn um zu behaupten, dass etwas sein *soll*, reicht es nicht, auf Fakten zu verweisen. Oft verbinden Argumente ein konkretes politisches Phänomen mit einem Wert oder einem Prinzip. So wird z.B. das Bildungswesen als kritikwürdig beschrieben, weil es „ungerecht“ sei. Aber das ist erst der Anfang eines Arguments. Was genau an dem Zustand ist ungerecht? Welcher Begriff von Gerechtigkeit wird dabei verwendet? Gibt es Alternativen, die gerechter wären? Damit befinden wir uns mitten in Debatten der politischen Philosophie.

Theorien verwenden zusammenhängende Begriffe und Argumente, um einen Gegenstandsbereich umfassend zu erläutern. Viele normative Theorien orientieren sich dabei entweder an Prinzipien (z.B. als „Theorie der Gerechtigkeit“¹⁹), an Institutionen, z.B. dem Staat oder der Demokratie, oder an aktuellen Herausforderungen, z.B. dem Phänomen der Migration. Wer eine Theorie entwickelt, dem geht es nicht nur um einzelne Begriffe oder Argumente, sondern um die systematischen Zusammenhänge zwischen verschiedenen Begriffen und Argumenten. Die innere Kohärenz ist ein wichtiges Kriterium für die Qualität einer Theorie, ebenso wie die äußere Angemessenheit für den Gegenstandsbereich.

Bei der Entwicklung von Begriffen, Argumenten und Theorien der politischen Philosophie gibt es keine vorgegebene Methode, die immer zu den „richtigen“ Ergebnissen führen würde. Das heißt aber nicht, dass alle von ihnen gleich überzeugend

Argumente

Theorien

Überlegungs-
gleichgewicht

¹⁸ Siehe auch Swift: *Political Philosophy*, II.

¹⁹ Rawls: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*.

sind: Manche sind logisch inkonsistent, andere sind nicht trennscharf genug, um das relevante Problem zu erfassen, wieder andere haben Implikationen, die mit weithin geteilten moralischen Intuitionen unvereinbar sind. Entscheidend ist, ob beim Durchdenken von Begriffen, Argumenten und Theorien die Ergebnisse mit unseren Intuitionen und Urteilen in Einklang gebracht werden können. John Rawls (1921–2002), einer der wichtigsten politischen Philosophen des 20. Jahrhunderts, prägte dafür den Begriff des „Überlegungsgleichgewichts“: Wir bewegen uns zwischen allgemeinen Prinzipien, die wir für plausibel halten, und konkreten Urteilen über Einzelfälle hin und her und verfeinern und modifizieren beide Seiten so lange, bis wir zu einem kohärenten Gesamtbild kommen.²⁰

Wissenschaftler/in
und Bürger/in

Der Gegenstand der politischen Philosophie bringt es dabei mit sich, dass diejenigen, die sich mit ihm beschäftigen, nicht völlig neutral sein können. Man ist als Bürger*in selbst davon betroffen, wie z.B. „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ von der Gesellschaft, in der man lebt, verstanden werden.²¹ Wir nehmen an politischen Institutionen, z.B. demokratischen Wahlen, teil. Es ist etwas grundlegend anderes, zwischenmenschliche Phänomene verstehen zu wollen, als naturwissenschaftliche Kausalzusammenhänge zu untersuchen, bei denen es eine derartige Innenperspektive gar nicht gibt. Schon die Wahl der Themen, mit denen man sich beschäftigt, bedingt, dass man bestimmte Fragen als wichtig betrachtet, was ein Werturteil darstellt; das gilt übrigens auch für die empirische Politikwissenschaft.

Politische
Philosophie und
Aktivismus

Dennoch, und obwohl die Grenzen manchmal schwer zu ziehen sind, ist politische Philosophie nicht gleichzusetzen mit politischem Aktivismus, der für ein bestimmtes Anliegen kämpft. Als politische/r Philosoph*in ist man der Suche nach dem überzeugenderen Begriff, dem besseren Argument, der plausibleren Theorie verpflichtet. Wer sich auf politische Philosophie einlässt, riskiert, dass sich eigene Meinungen ändern – aber mit der Aussicht, dass die Positionen, zu denen er oder sie gelangt, besser begründet sind. In diesem Sinne hat politische Philosophie immer potentiell politisch-praktische Implikationen.

²⁰ Siehe insbesondere John Rawls: „The Independence of Moral Theory“, *Proceedings and Addresses of the American Philosophical Association* 48 (1974–1975), 5–22.

²¹ Vgl. auch Bernd Ladwig: *Moderne politische Theorie*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau, 2009, 29.

1.3 Charakter der Einführung und Überblick über die Themen

Die vorliegende Einführung geht *systematisch* vor, ist also nach Themen gegliedert, nicht chronologisch nach Autor*innen. Im Mittelpunkt stehen politische Prinzipien, politische Institutionen und aktuelle Herausforderungen für das politische Handeln. Dabei werden Begriffe, z.B. der Begriff der Freiheit, Argumente, z.B. das Sozialvertragsargument für staatliche Autorität, und Theorien, z.B. Theorien der Gerechtigkeit, diskutiert. Um sie vorzustellen, wird an vielen Stellen auf historische Texte zurückgegriffen.

Systematisches
Vorgehen

Die meisten der Autor*innen, deren Ideen vorgestellt werden, gehören zur westlichen Tradition der politischen Philosophie. Gelegentlich werden Denker*innen einbezogen, die nicht den Status von „Klassikern“ haben, die nicht „weiß“ und nicht „männlich“ sind. Die politische Philosophie war in der Vergangenheit stark eurozentrisch geprägt, sodass viele interessante Stimmen, z.B. aus der afrikanischen Philosophie, außen vor blieben.²² Derzeit ist sie dabei, sich zu öffnen; in der globalisierten Welt des 21. Jahrhundert ist dies längst an der Zeit. Aber um den Dialog mit nicht-westlichen Traditionen zu beginnen, muss man wichtige Quellen der eigenen, europäischen Denkweisen kennen. Daher dürfen manche „Klassiker“ in einer Einleitung nicht fehlen.

Westliche
Tradition

Eine Einführung ist notwendigerweise selektiv. Der Fokus liegt auf deutschen und angelsächsischen Debatten, wobei die sogenannte „analytische“ Tradition eine wichtige Rolle spielt. Sie legt besonderen Wert auf begriffliche Analyse und argumentative Klarheit, und hat sich in den letzten Jahren stark aktuellen politischen Herausforderungen zugewandt.²³ Die Analyse konkreter politischer Probleme dient aber nicht nur der Entwicklung von Lösungsvorschlägen. Sie hilft auch, abstrakte Begriffe, Argumente und Theorien besser zu verstehen, weil man sie an konkreten Problemen überprüfen kann. Denn oft sehen wir erst

Analytische
Tradition

22 Zur afrikanischen Philosophie siehe z.B. Lewis Ricardo Gordon: *An Introduction to Africana Philosophy*. Cambridge: Cambridge University Press, 2008, oder Franziska Dübgen und Stefan Skupien: *Afrikanische politische Philosophie: Postkoloniale Positionen*. Berlin: Suhrkamp, 2015.

23 In dieser Hinsicht trifft sie sich mit dem ursprünglichen Anliegen der „Kritischen Theorie“, die durch die Verbindung von Philosophie und Sozialforschung bestehende Machtverhältnisse kritisieren wollte. Siehe als Gründungstext v.a. Max Horkheimer: „Traditionelle und kritische Theorie“, in: ders.: *Gesammelte Schriften, Band 4: Schriften 1936–1941*. Frankfurt am Main: Fischer, 1988 [1937], 188–242.

Überblick über
die Themen

in der konkreten Anwendung auf heutige Fragen, was abstrakte Begriffe oder Prinzipien wirklich bedeuten.

Teil I stellt zentrale Werte und Prinzipien der politischen Philosophie dar, ausgehend von der Trias der Französischen Revolution, die als Geburtsstunde der modernen Demokratie gilt: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. Anschließend wird der Fokus geweitet auf Themen, die 1789 noch außen vor blieben, nämlich Gerechtigkeit für Frauen und ethnische Minderheiten sowie Fragen der Gerechtigkeit jenseits des Nationalstaats. *Teil II* beschäftigt sich mit politischen Institutionen, wobei es weiterhin um die normative Perspektive geht, also um die Frage, welche politischen Institutionen *gerechtfertigt* werden können. Diskutiert werden staatliche Autorität, Demokratie, der Rechtsstaat sowie die wirtschaftliche Ordnung. *Teil III* diskutiert die spezifischen Herausforderungen politischen Handelns sowie drei der großen politischen Herausforderungen der Gegenwart: Klimawandel, Migration und Digitalisierung.

Weiterführende Literatur:

Für einen historisch aufgebauten Zugang zum politischen Denken in mehreren Bänden sehr empfehlenswert ist Henning Ottmann: *Geschichte des politischen Denkens. Von den Anfängen bei den Griechen bis auf unsere Zeit* (Stuttgart: J.B. Metzler, 2001ff). Andere systematische Einführungen in deutscher Sprache sind z.B. Robin Celikates und Stefan Gosepath: *Grundkurs Philosophie. Band 6: Politische Philosophie* (Stuttgart: Reclam, 2013), Gerhard Göhler, Mattias Iser und Ina Kerner (Hrsg): *Politische Theorie – 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2004/2011) oder Bernd Ladwig: *Moderne politische Theorie* (Schwalbach am Taunus: Wochenschau, 2009).

Teil I
Prinzipien der
Politischen Philosophie